20. Ist die Ehefrau aus §. 139 St.G.B.'s strafbar, wenn sie die Anzeige eines von ihrem Ehemanne beabsichtigten, dort bezeichneten Verbrechens unterläßt?

III. Straffenat. Urtr. v. 15. Mai 1880 g. G. Rep. 1192/80.

I. Schwurgericht Leipzig.

Aus den Gründen:

„Der Ehemann der Beschwerdeführerin, der Althändler G., ist für schuldig erachtet, sein in W. gelegenes Wohnhaus, sowie sein in demselben befindliches Mobilien, welches ebenso wie das Haus gegen Feuergefahr versichert war, in der Absicht, die Versicherungssumme rechtswidrig zu gewinnen, in Gemeinschaft mit einem anderen in Brand gesetzt zu haben. Die Beschwerdeführerin ist für schuldig erachtet, von dem Vorhaben ihres Ehemannes und dessen Mitschuldigen, das Haus in Brand zu setzen, zu einer Zeit, zu welcher die Verhütung der in der Nacht vom 9. zum 10. September 1879 auch wirklich zur Ausführung gelangten Brandstiftung noch möglich gewesen wäre, glaubhafte Kenntnis erlangt und es unterlassen zu haben, hiervon der Behörde oder den durch die Brandstiftung bedrohten Mitbewohnern des G.'schen Hauses zu rechter Zeit Anzeige zu machen. Auf Grund dieses Spruches der Geschworenen hat das Schwurgericht zu Leipzig durch Urteil vom 19. März die Beschwerdeführerin wegen unterlassener Anzeige eines gemeingefährlichen Verbrechens zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt.

Die verhehlichte G. hat Revision eingelegt, weil §. 139 St.G.B.'s insoweit verletzt sei, als sie nicht unter Berücksichtigung ihrer Eigenschaft als Ehefrau des Hauptangeklagten freigesprochen sei.

Nun entbindet der §. 139 St.G.B.'s die nahen Angehörigen des Thäters, namentlich dessen Ehefrau, nicht von der Verpflichtung, das von diesem beabsichtigte gemeingefährliche Verbrechen zur Anzeige zu bringen, wenn sie zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntniß von dem verbrecherischen Vorhaben erhalten.

Dagegen ließe sich für eine einschränkende Auslegung des §. 139 St.G.B.'s geltend machen, daß der Gesetzgeber dem Ehegatten und den nahen Verwandten des einer begangenen strafbaren Handlung Beschuldigten gestattet hat, das Zeugnis in der Sache zu verweigern. Hat der Gesetzgeber hier anerkannt, daß die natürlichen Bande der Familie geschont werden müssen, daß den Angehörigen nicht angefohnen werden darf, die Pflicht gegen den Staat und die Gemeinschaft so hoch zu stellen, daß auch der Ehegatte und die Verwandten zur Überführung des Schuldigen selbst mitwirken sollen, so spricht vieles dafür, dem Gesetzgeber eine gleiche Ansicht bezüglich der Lösung einer ähnlichen Kollision von Pflichten zu unterstellen, wenn es sich um die Anzeigepflicht wegen eines bevorstehenden Verbrechens handelt. Überdies liegt, wenn auch die Anzeige zu einer Zeit erfolgt, zu welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, doch nicht immer auch nur eine Wahrscheinlichkeit dafür vor, daß der Verbrecher durch die Anzeige, wenn sie ihm bekannt gegeben wird, bestimmt werde, das Verbrechen zu unterlassen, oder daß infolge der Anzeige erfolgreiche Maßregeln zur Verhütung des Verbrechens ergriffen werden. Auch läßt sich die Anzeige nicht immer in der Weise erstatten, daß sie nicht auf die Person des Schuldigen hinführte. Wird nun aber das Verbrechen trotz der Anzeige dennoch begangen, so kann die Anzeige des Ehegatten oder eines anderen Angehörigen ein Beweismittel für die Person des Thäters liefern. Würde also die Ehefrau zur Anzeige des bevorstehenden Verbrechens gezwungen, so wäre sie damit gezwungen, in Fällen der bezeichneten Art ein bisweilen schwer wiegendes Beweismittel gegen den Ehemann zu liefern, während doch das Gesetz nicht wollte, daß sie durch ihr Zeugnis zu dessen Überführung beitragen solle.

Indessen diese Gesichtspunkte liegen so nahe, daß sich annehmen läßt, der Gesetzgeber hätte, wenn er auch in Beziehung auf die Anzeigepflicht Ausnahmen hätte machen wollen, das ausdrücklich ausgesprochen. Nun ist §. 139 St.G.B.'s hervorgegangen aus §. 39 des preussischen Strafgesetzbuches. Er stimmt mit diesem in Rücksicht des Thatbestandes im wesentlichen, rücksichtlich der Strafandrohung völlig überein. Bei Beratung der Entwürfe des preussischen Strafgesetzbuches ist die vorliegende Frage eingehend erwogen; man hat indessen mit Rücksicht einerseits darauf, daß die Anzeigepflicht auf wenige besonders schwere gemeingefährliche und das Leben anderer bedrohende Verbrechen beschränkt wurde, andererseits darauf, daß die Strafandrohung eine niedrigste Strafe von einem Tage Gefängnis zuläßt und somit dem Richter gestattet, auf die Lage, in welcher sich der zur Anzeige verpflichtete Ehegatte zu befinden, bei der Strafaußmessung gebührende Rücksicht zu nehmen, dafür entschieden, eine absolute Anzeigepflicht aufzustellen, ohne mit Rücksicht auf das persönliche Verhältniß zu dem Schuldigen Ausnahmen zu gestatten.

In anderen deutschen Landesgesetzgebungen war die Frage in verschiedenen Sinne, zum Theil in der Weise geordnet, daß die nahen Angehörigen von der Verpflichtung zur Anzeige bei der Obrigkeit, oder auch zur Warnung des durch das Vorhaben Bedrohten, wenn solche ein Einschreiten gegen die Person des nahen Angehörigen nach sich ziehen konnte, befreit, aber durch Aufbietung der ihnen sonst zu Gebote stehenden Mittel das beabsichtigte Verbrechen zu verhindern verpflichtet waren, zum Beispiel in Württemberg, Thüringen, Bayern.

Unter solchen Umständen hätte das deutsche Strafgesetzbuch alle Veranlassung gehabt, sich bestimmt anzusprechen, wenn es eine Befreiung der nächsten Angehörigen von der Anzeigepflicht gewollt hätte. Daraus, daß es die Bestimmungen des preussischen Strafgesetzbuches aufgenommen hat, ohne eine Einschränkung zu erklären, folgt, daß es eine solche nicht gewollt hat. Auch läßt es sich wohl erklären, daß eine Gesetzgebung die Angehörigen einerseits von der Verpflichtung entbindet, ein Zeugnis gegen den des Verbrechens angeklagten Ehemann u. s. w. abzulegen, wenn es sich um seine Bestrafung für eine begangene That handelt, und daß dieselbe Gesetzgebung andererseits die Angehörigen bestraft wissen will, welche es unterlassen, zur Verhütung des Verbrechens zu einer Zeit, wo dasselbe noch verhütet werden kann,

im Interesse der Rechtsgemeinschaft und dem der Bedrohten Anzeige zu machen.

Der Vorderrichter hat hiernach mit Recht den §. 139 auf die angeklagte Ehefrau angewendet."